

Die nächste Zukunft unserer auswärtigen Handelspolitik

2. Der Abbau der S. S. S. und die Gefahr der Ueberflutung des Schweizermarktes mit ausländischen Fabrikaten.*

Unser aller Wunsch und Wille ist, daß die Ueberwachung des Exportes und die Kontingentierung der Einfuhr durch das Ausland dahin falle. Seitdem Deutschland mit der Aufhebung seiner Treuhandsstelle vorgegangen ist, regnet es Zuschriften aus Handels- und Industriekreisen in die Redaktionen, die dem schweizerischen Bundesrat und der Entente eindringlich die Notwendigkeit der Abschaffung auch der S. S. S. nahelegen. Der schweizerische Bundesrat hat schon seit Wochen Schritte bei den alliierten Regierungen unternommen, damit diese den baldigen, hufenweisen Abbau der S. S. S. in die Wege leiten.

Vor acht Tagen konnte die schweizerische Presse („Bund“ Nr. 8) mitteilen, daß die Alliierten beschlossen haben, vom 25. Dezember 1918 an die Sendung einer Reihe von Waren, die für die Schweiz bestimmt ist, von der Formalität der Konsignation an die S. S. S. zu befreien. Diese Waren dürfen ohne Beschränkung der Kontingente in die Eidgenossenschaft eingeführt werden. Damit hat der sehnlichst erwartete Abbau der S. S. S. begonnen. Wer aber die bewußte Warenliste aufmerksam durchging, konnte mit Gewißheit voraussagen, daß die Verfügung der Entente in den Kreisen unserer Industriellen nicht eitel Freude erwecken werde. Davon konnten wir uns bald aus Zuschriften und persönlicher Rücksprache überzeugen. Ein „aufrichtiger Entente-freund“ schreibt uns beispielsweise, es habe ihn schmerzlich berührt, feststellen zu müssen, daß die Entente der Schweiz eine ungerechte Behandlung angebeihen lasse, insofern nämlich jene Verfügung nicht im Interesse und zugunsten der Schweiz erlassen worden sei, sondern zugunsten hauptsächlich Frankreichs sowie der übrigen alliierten Staaten. Der Erlaß bedeute für manche schweizerische Industrielle den Ruin. Dann fährt der Einsender, ein Fabrikant, fort:

„Man beachte genau, welche Artikel freigegeben worden sind. Mit Ausnahme gewisser Lebensmittel handelt es sich ausschließlich um Fertigprodukte, ja nicht etwa um Rohstoffe, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Frankreich mit dieser Verfügung einzig und allein bezweckt, seine Fertigindustrie zu unterstützen und derselben gegenüber der schweizerischen Industrie einen Vorsprung zu geben. Die der Schweiz in dieser Angelegenheit zuteil werdende Behandlung mahnt jedoch zur Vorsicht und Einleitung der nötigen Gegenmaßnahmen, denn während Frankreich einerseits die Einfuhr schweizerischer Fertigprodukte aller Art unter sagt, resp. uns nur ein ganz bescheidenes Kontingent bewilligt, gibt es andererseits den Export gewisser Waren seiner Industrie ohne irgendwelche Einschränkung nach der Schweiz frei.“ Und weiter: „Es wäre dringend zu empfehlen, daß sich das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement der Sache annimmt, zum Schutze der Schweizerindustrie sofort Gegenmaßnahmen ergreift und nur die Einfuhr der absolut notwendigen Artikel gestattet.“

* Bgl. Nr. 523 und 534 des „Bund“, letzter Jahrgang.

Soviel ist sicher, daß sich der schweizerische Bundesrat des großen Ernstes der Sachlage bewußt ist und daß seit dem Erlaß jener Verfügung gründliche Beratungen gepflogen werden.

So einfach die Lösung des Problems auf den ersten Blick erscheint, so verzwickelt ist sie beim näheren Zusehen. Zunächst darf man nicht vergessen, daß die Gefahr der Ueberschwemmung der Schweiz mit Fabrikaten durchaus nicht allein von der Entente oder Amerika aus droht. Auch Deutschland möchte gerne, um zu ausländischen Gütern zu gelangen, Waren in der Schweiz absetzen. Es kann sich da etwa um Eisenfabrikate handeln, die Deutschland auf dem Schweizermarkte billiger anbieten könnte, als der schweizerischen Industrie das deutsche Roheisen zu stehen kommt! Die durch die früheren Kriegsaufträge finanziell gekräftigte und schon vor dem Kriege äußerst leistungsfähige deutsche Eisen- und Maschinenindustrie wird sich auf den Friedensbedarf umstellen müssen und froh sein, in der Schweiz, wo die Kohlen- und Eisenpreise um ein Vielfaches übersteigt sind, ein zahlungsfähiges Absatzgebiet für die übermäßig gesteigerte Produktionskraft zu finden. Wir müssen also gegenüber dem gesamten Ausland auf der Hut sein. Sogleich erkennt man, was für ernste Schwierigkeiten der Schweiz aus ihrer Abwehrpolitik erwachsen könnten. Erläutert der schweizerische Bundesrat zum Schutze der gefährdeten einheimischen Industrie Einfuhrverbote, die unabsehlich aber tatsächlich die eine Staatengruppe härter trifft als die andere, so wird man bei uns sowohl wie im Auslande rasch bei der Hand sein, unserer Bundesregierung eine einseitige, unneutrale Stellungnahme vorzuwerfen.

Weitere Bedenken tauchen auf. Wir haben die ganze Kriegszeit über auf die zu Recht bestehenden Handelsverträge gepocht, die das Ausland kurzerhand beiseite geschoben hat. (Der gekündete französisch-schweizerische Handelsvertrag läuft noch bis zum 10. September dieses Jahres.) Nun auf einmal sollen wir uns darüber hinwegsehen und auf eigene Faust Einfuhrverbote oder hohe Einfuhrzölle erlassen. Das Ausland wird uns den Vorwurf entgegen schleudern: Im Augenblicke, wo der Krieg aufgehört hat und wir im Begriffe stehen, euch durch den allmählichen Abbau der S. S. S. entgegenzukommen, stromt ihr euch gegen die freie Einfuhr unsererseits und baut an den Grenzen unübersteigbare Schranken auf! Wir werden euch mit Repressalien antworten.

Bei der innigen Verflechtung der schweizerischen Volkswirtschaft mit dem Weltmarkte, angesichts der Tatsache, daß unsere Produktion zu drei Vierteln nach dem Ausland fließt, ist die Schweiz mehr noch als die meisten anderen Staaten auf das Wohlwollen der Nachbarn angewiesen. Versperren wir den Import, so kann und wird uns das Ausland auch nichts abnehmen wollen. Hohe Einfuhrzölle würden verhasst sein. In einer Zeit, wo die Preise und Frachten stets wechselnden und großen Veränderungen unterworfen sind, müßte man die Zollansätze Tag für Tag neu regeln. Die Verwirrung im Außenhandel wäre unerträglich. Es geht auch nicht an, daß wir uns in der Schweiz für einen Völkerbund begeistern, die Gerechtigkeit der siegreichen Großmächte antufen und denselben im gleichen Atemzuge den Wirtschaftskrieg ansagen. Bewahren wir

also ruhiges Blut. Die zuständigen Behörden sollen und werden mit dem Ausland von Fall zu Fall unterhandeln, mit aller Entschiedenheit und Ausdauer die schweizerischen Interessen verteidigen, dahin wirken, daß mit jeder Erleichterung der ausländischen Ausfuhr auch unserer eigenen die Grenzen geöffnet und der Weg geebnet werde, und daß nicht nur die Einfuhrkontingente, sondern auch die Ausfuhrkontingente beseitigt werden. Freilich, wenn alles nichts hilft, soll der Bundesrat auch nicht davor zurückschrecken, Einfuhrverbote festzusetzen. Denn schließlich sind wir dem Ausland gegenüber nicht wehrlos. Es liegt unsern Nachbarn viel daran, sich unsere sehr aufnahmefähigen Absatzmärkte zu sichern. Nebenbei gesagt, wird übrigens auch noch festzustellen sein, ob die Befreiung der in der Verfügung der Entente genannten Waren von der Konsignation an die S. S. S. ohne weiteres auch die Freiheit der Wiederausfuhr jener Waren in sich schließt. Der undeutliche Wortlaut der Verfügung läßt die Frage offen.

Endlich darf man auch die innerpolitische Seite der Angelegenheit nicht außer acht lassen. Die meisten jener Industriezweige, deren inländischer Absatz durch eine uneingeschränkte Einfuhr ausländischer Konkurrenzartikel in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, haben in der Kriegszeit gute Geschäfte gemacht. Jeder Industrielle mußte mit einem Umschwung der Konjunktur und größeren Verlusten am Ende des Krieges rechnen. Wer kaufmännisch zu disponieren verstand, hat an seinen Fabrikanlagen, Maschinen, Rohstoff- und Warenvorräten größere Abschreibungen vorgenommen und Reserven angelegt, damit er in der verlustbringenden Uebergangsperiode finanziell gewappnet sei. Jetzt, wo diese mit Gewißheit voraussehende Ungunst der Zeit da ist, könnte es auf den einen oder anderen Unternehmer ein schiefes Licht werfen, wenn er nach Staatshilfe ruft. Es wird eine sehr heikle und undankbare Aufgabe der Behörden sein, die Interessen, die im Spiele sind, richtig gegeneinander abzuwägen und dem ungestümen Drängen der alles aus ihrem engern Gesichtswinkel heraus beurteilenden Interessenten gegenüber das nicht bloß augenblickliche, sondern auch künftige Wohl der gesamten Volkswirtschaft nicht aus dem Auge zu verlieren. Hat man einmal begonnen, einigen wirklich schutzbedürftigen Industriezweigen nach sorgfältiger Prüfung den notwendigen Beistand angedeihen zu lassen, so kommen gleich von allen Seiten weitere Beghären. Willfährig man ihnen nicht, so entsteht leicht eine große Unzufriedenheit über die angeblich ungleiche und ungerechte Behandlung durch die Bundesbehörden. Man darf sich nicht dazu verleiten lassen, Treibhausgewächse, die erst im Kriege Boden gefaßt haben, auf Kosten der Gesamtheit zu hätscheln und zu pflegen. Man weiß auch, wie die als vorübergehend gedachten Schutzmaßnahmen oft gar nicht mehr wozubringen sind.

Man stelle sich auch vor, was für ein ungeheurer neuer Beamtenapparat erforderlich wäre, um die Einfuhrgehuche zu prüfen. Statt die kriegswirtschaftliche Bureaokratie allmählich abzutragen, würde sie sich sogar noch ausdehnen. Zuguterletzt dürfen wir auch den Konsumenten nicht vergessen! Wird die Einfuhr unterbunden oder erschwert, so bedeutet dies eine Verteuerung unserer Lebenshaltung, was der sozialen Ent-

spannung gewiß nicht förderlich wäre. Viele Kaufleute lehnen darnach, ihre Kunden endlich wieder angemessen bedienen zu können, obgleich sie wissen, daß die ausländische Zufuhr ihre noch vorhandenen Lagerbestände entwertet. K.